

Stellungnahme der Stadtverwaltung FB63/Knobloch zum Antrag der SPD Fraktion 413/22 vom 12.11.2022

Die Verwaltung begrüßt den Ansatz der SPD, den Durchgangsverkehr in der Innenstadt zu reduzieren. Der Ansatz deckt sich im Wesentlichen mit den Überlegungen der Verwaltung, die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt zu erhöhen, ein Baustein dazu ist beispielsweise die Umgestaltung des Arsenalplatzes und die weitgehende Verlagerung der dortigen Parkplätze in das neue Parkhaus der KSK.

Von der Verwaltung wurden im MU am 26.1.2023 die Grundzüge eines Innenstadtverkehrskonzeptes vorgestellt, bei dem der Schwerpunkt von baulichen Maßnahmen allerdings zunächst auf der Solitudestraße und der Alleenstraße (als Baustein des Radschnellweges Waiblingen – Ludwigsburg) liegt. Auch die Schillerstraße als wichtige Hauptfahrradverbindung zwischen Ost und West und damit auch als wichtiger Schulradweg zum BZW soll perspektivisch neugestaltet werden. Allerdings ist hier die Fertigstellung des ZOB abzuwarten, da die Schillerstraße während des Umbaus des ZOB für den Busverkehr benötigt wird.

Grundidee des Konzepts der Verwaltung ist es, wie dargestellt die Innenstadt vom Durchgangsverkehr zu entlasten und dabei die Zugänglichkeit zu den Parkieranlagen für Besucher weiterhin in guter Qualität zu gewährleisten. Die Wilhelmstraße wird im Konzept der Verwaltung noch nicht vertieft betrachtet. Dies ist dadurch begründet, dass für die weiteren Ideen zur Wilhelmstraße die noch ausstehende Entscheidung über die innerstädtische Stadtbahnführung ausschlaggebend ist. Diese Entscheidung wird auf der einen Seite den Rahmen für die künftige Straßenraumgestaltung setzen. Auf der anderen Seite wird diese Entscheidung wesentliche Auswirkungen für den Busverkehr auf der Wilhelmstraße haben. Auch wenn Details zur künftigen ÖV-Planung konsequenterweise jetzt noch nicht feststehen, ist offensichtlich, dass eine innerstädtische Stadtbahn zu einer deutlichen Reduzierung der dann parallel fahrenden Busse auf der Wilhelmstraße führen wird.

Vor dem Hintergrund, dass wesentliche Entscheidungen noch ausstehen, ist der Ansatz temporärer Maßnahmen zu begrüßen. Die Verwaltung hatte dazu auch das Projekt Pop-Up-Wilhelmstraße vorgeschlagen. Bei diesem Projekt, das auf eine andere Weise ebenfalls die Aufenthaltsqualität der Wilhelmstraße steigern sollte, wurde in Abstimmung zwischen GR und Verwaltung entschieden, diese Maßnahme in 2023 nicht durchzuführen, da mit dem Verkehrsversuch am der Sternkreuzung und Baumaßnahmen der SWLB am Schillerplatz bereits verkehrsbeeinflussende Maßnahmen vorhanden sind und eine weitere – wenn auch temporäre – Einschränkung vermieden werden sollte.

Der Antrag der SPD ist grundsätzlich aus Sicht der Verwaltung umsetzbar, allerdings gelten die genannten Gegenargumente für eine temporäre Umsetzung in 2023 auch hier. Bei der Umsetzung wäre zu beachten, dass ein erheblicher Organisationsaufwand nötig wäre. Die Zufahrtsregelung wäre nach erster Bewertung nur durch Personal möglich. Ein aufwändiges automatisches System, das die Zufahrt nur für den ÖV erlaubt, scheidet für eine temporäre Maßnahme aus. Generell ist auch zu erwarten, dass ein automatisches System bei der Vielzahl der Busse auch in den Abendstunden und damit längeren „Öffnungszeiten“, den

Durchgangsverkehr nicht zuverlässig begrenzen kann. Eine Beschränkung nur durch Schilder wird aus Sicht der Verwaltung in keiner Weise ausreichend sein.

Im Fazit: Eine „händische“ Zufahrtskontrolle wäre unumgänglich, diese Kontrolle müsste nach erster Einschätzung direkt an der Sternkreuzung erfolgen, um nicht erwünschten Verkehr durch „Falschfahrten“ in der Eberhardstraße zu vermeiden. Zu befürchten ist auch, dass ggf. die Mathildenstraße zusätzlich belastet wird, wenn die gesperrte Wilhelmstrasse umfahren wird.

In der Gesamtbewertung kann der Vorschlag der SPD ein wichtiger Baustein dafür sein, die Wilhelmstrasse „erlebbarer“ zu machen, die Umsetzung des Vorschlages ist allerdings aufwändig und bedarf zusätzlich eines guten Kommunikationskonzeptes, damit die Idee positiv wahrgenommen wird und nicht nur das Schlagwort „willkürliche Straßensperrung“ übrig bleibt.

Die Verwaltung schlägt vor, den Gedanken einer temporären Sperrung bei einem entsprechenden Votum des Gemeinderates in einen größeren Zusammenhang zu stellen, zum Beispiel im Rahmen einer noch zu definierenden Sommeraktion. Dadurch könnte deutlich dargestellt werden, dass eine Beruhigung der Wilhelmstrasse ein Gewinn für die Aufenthaltsqualität darstellt und damit Besucher und Kunden einen deutlichen Mehrwert haben.

LB, 7.6.2023